



Opfer werden zu Sündenböcken

Die CSU drängt nach Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren auf Beschränkungen bei der Zuwanderung aus beiden Ländern. Seit Wochen wettern sie gegen Bulgaren und Rumänen und warnen vor „Sozialtouristen“ aus Osteuropa. Das ist Populismus aus der untersten Schublade. Schon im Mai 2011, als sich für mehr als 70 Millionen Menschen aus acht ost- und mitteleuropäischen Staaten die Grenzen zum deutschen Arbeitsmarkt öffneten, wurde gegen die sogenannte „Armutsmigration“ gehetzt. Dabei entspricht das keinesfalls den Tatsachen: Eine krasse Migrationswelle aus diesen Ländern gab es seither nicht. Gerade in Bezug auf rumänische und bulgarische Migranten ist die Hetze der CSU schnell entlarvt: Sie machen nicht einmal ein halbes Prozent aller Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger aus. Wenn sie nach Deutschland kommen, dann um hier zu arbeiten – wie offizielle Zahlen des Arbeitsministeriums belegen –, allerdings oft unter unmenschlichen Bedingungen.

Sieht so „Sozialtourismus“ aus?

Die deutsche Tourismusbranche hat für diese Touris anscheinend nicht mehr zu bieten als deutsche Fleischfabriken, Baustellen oder die Toiletten von Ministern. Das Ganze 10 oder 12 Stunden am Tag, für 5 oder 7 Euro die Stunde einschließlich Gefährdung ihrer Gesundheit. Klingt nicht gerade werbetauglich für Reisebüros.

Sie werden über mehrere Subunternehmen und über Werkverträge beschäftigt, um geltende Gesetze und Regelungen zu umgehen. So wird die Ausbeutung zu Hungerlöhnen organisiert. Auch in der Auto- und Exportindustrie ist die Beschäftigung von Leiharbeitern zu Niedriglöhnen über Subunternehmen und Werkverträge weit verbreitet.

Fakt ist...

Zugleich haben deutsche Unternehmen die Osterweiterung der EU systematisch ausgenutzt, um für sie in ganz Europa gute Ausbeutungsverhältnisse zu schaffen. Seit in den Ländern Osteuropas wieder offiziell kapitalistische Verhältnisse existieren, dienen diese dem europäischen und insbesondere dem deutschen Kapital als Hinterland mit Niedriglöhnen. Die EU hat diese Entwicklung systematisch vorangetrieben und ist dabei von allen etablierten Parteien unterstützt worden.

Die von Brüssel und Berlin diktierten Spar- und Privatisierungsprogramme haben die soziale Ka-

tastrophe in Rumänien und Bulgarien, den ärmsten Ländern Europas, drastisch verschärft.

Das wirtschaftliche Gefälle zwischen Rumänien und Bulgarien und den meisten anderen EU-Staaten ist enorm. So verdiente ein bulgarischer Arbeiter 2010 im Durchschnitt umgerechnet 4400 Euro – nicht im Monat, sondern im Jahr. Das war der niedrigste Wert aller EU-Staaten. Der rumänische Kollege lag mit 5900 Euro knapp davor. Zum Vergleich: Für Deutschland wird ein Wert von 42.400 Euro angegeben, selbst im krisengeschüttelten Spanien gab es noch mehr als 26.000 Euro.

Die Spaltung dient den Herrschenden

Die herrschende Klasse nutzt das Elend der rumänischen und bulgarischen Arbeiter nicht nur, um Löhne und soziale Rechte in ganz Europa anzugreifen, sondern auch um die Arbeiterklasse zu spalten und Fremdenhass zu schüren. So kündigte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bei einem europäischen Innenministertreffen eine harte Gangart gegenüber Rumänen und Bulgaren an, die dem deutschen Steuerzahler angeblich durch Missbrauch von Sozialleistungen auf der Tasche liegen.

Dabei liegt der eigentliche Missbrauch auf Seiten des Staates und der Unternehmen, die die Menschen als Arbeitssklaven benutzen und ihnen dann noch vorwerfen, sie wären Schuld, weil sie ja angeblich die Löhne drücken. Dabei sind es gerade der Staat und die Unternehmen welche Tausende Arbeiter entlassen, die Löhne senken und die Arbeitsbedingungen immer härter gestalten. Zum Wohle *ihres* Profits!

Mindestlohn? Ja, aber...

Uns verspricht man die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro... im Jahr 2017! Dabei weiß jeder, dass 8,50 Euro heute schon ein Armutslohn ist. Drei Jahre also sollen wir noch auf einen Mindestlohn warten, der dann vielleicht kaum noch mehr wert ist als Hartz IV und niedriger als die meisten Branchen-Mindestlöhne heute.

Und selbst von diesem Mini-Mindestlohn sollen einzelne Berufe nach 2017 weiter ausgenommen werden. Ganz zu schweigen von den Schlupflöchern, die sie den Unternehmen lassen, um weniger zu zahlen. Und um eben von diesem eigentlichen Problem abzulenken, hetzt man gegen unsere osteuropäischen Kollegen. Auf diese billige Masche sollten wir gar nicht erst reinfallen.

Von Kollegen für Kollegen...

Parole Streik – aber dann aufs Janze

Jahre dümpeln die Verhandlungen zum ZukunftTV hinter verschlossenen Türen vor sich hin. Ab und zu wird durch einen Aushang der Deckel gelüftet. Und nun soll noch im Januar plötzlich gestreikt werden. So stand es in der Zeitung. Aber nicht für den ZukunftTV mit seinen berechtigten Forderungen zur Absicherung bei Fahruntauglichkeit, sondern für eine Lizenzverlustversicherung?!

Ein Streik ist sicher notwendig, um unsere Interessen gegen die DB durchzusetzen. Und regelmäßige Streikversammlungen sind auch die Gelegenheit, uns gemeinsam über unsere Forderungen zu verständigen und uns nicht mit einer Versicherung zu begnügen, die dem gewinnorientiertem DB-Konzern gerade noch so in den Kram passt.

Bündnis von DB, Regierung... und EVG?!

Bahn und EVG beschwerten sich in der Presse über die „haltlosen Forderungen“ der GdL und präsentieren den Demografie-TV der EVG in schönsten Worten – wir Beschäftigte wissen es besser!

Gleichzeitig setzen sie darauf, dass die neue Bundesregierung unter dem Stichwort „Tarifeinheit“ das Streikrecht u. a. für die GdL einschränkt.

Aber Rechte bekommt man nicht von Gottes oder Merkels Gnaden zugestanden, sondern die erkämpft man sich. Sonst lebten wir heute noch in der Sklavenhaltergesellschaft. Die beste Antwort auf ihre Pläne wäre ein aktiver Streik, bei der wir selbst die Öffentlichkeit über unsere Arbeitsbedingungen und gerechtfertigten Ziele informieren!

Wozu sind Pausen da?

Im Zusammenhang mit dem Gestank im Pausenraum BFHS dürfen wir die Pause durchschreiben. Doch es geht nicht nur darum, wie wir die Zeit vergütet bekommen. Pausen sind da um sich zu erholen, um wieder fit zu sein, um Menschen sicher transportieren zu können! Die DB wird sich freuen so billig davonzukommen, ohne große Investitionen und ohne Schichten umzustricken. Was, wenn es technisch notwendig ist, z. B. bei Bauarbeiten, „ad hoc“ gemacht wird. Nur wenn es um unsere Belange geht, sind sie nie so „großzügig“.

S-Bahn schließt Sicherheitsleck! Schluss mit nach Hause telefonieren!

Jetzt wird durchgegriffen: Aus Gründen der Sicherheit und wegen der vielen Signalüberfahrten darf man jetzt praktisch nicht mehr im Führerstand telefonieren... Wenn es den S-Bahn-Chefs ernsthaft um Sicherheit ginge, wären da noch ein paar dringende Dinge zu erledigen, z.B. Erhalt aller Aufsichten, in allen Bereichen Verkürzung der Arbeitszeit, gleichmäßiger Schichtrhythmus, Schluss mit 7-Tage-hintereinander-Diensten, häufigere und längere Ruhen, mehr Pausen ... Dann wär auch öfter mal außerhalb des Führerstandes Gelegenheit, mit der Familie oder Freunden, Schule und Kita über wichtige Dinge zu telefonieren.

Grenzerfahrungen

Wie lange denken wir nun schon, dass in den Schichten bei Regio nichts mehr rauszuholen ist? Aber seit Dezember wissen wir, dass die Schraube immer weiter angezogen wird. Pausenzeiten und Lenkzeiten werden so auf den Knopf gerechnet, als wenn die Eisenbahn unter Laborbedingungen arbeitet. Da wo das nicht reicht, wird auch mal bei den Wegezeiten geschummelt. Es gibt immer mehr Schichten, die an die Grenzen des theoretisch Machbaren und darüber hinaus gehen. Minimale Abweichungen bedeuten „eigentlich“ einen Verstoß gegen Gesetze und Bestimmungen.

An uns liegt es nun, das zu wissen und durchzusetzen. Klar wird das immer Stress mit dem Lokleiter, der TP und den Fahrgästen bedeuten. Dass wir diesem Ärger lieber aus dem Weg gehen, genau darauf spekulieren die Schlipsträger. Sie sind die lachenden Dritten und schieben sich genau dafür gegenseitig Prämien zu. So werden sie immer weiter an uns rumexperimentieren und die Grenzen erforschen: Wie lange die „lieben Mitarbeiter“ ohne zu murren im Hamsterrad bleiben.

Die Grenzen müssen wir ihnen zeigen. Am besten alle zusammen.

Die Mauer wächst?

Die neuen Zugfahrpläne sind in die Systeme Ring, Stadtbahn und Nord-Süd aufgeteilt. Manchmal muss man ganz schön suchen, um den richtigen Umlauf zu finden. Sieht plemplem aus? Vielleicht nur, weil das Bauvorhaben noch nicht fertig ist: Züge wurden systemtreu aufgeteilt, dann die Fahrpläne, als nächstes die Personale? Und dann kommt die (Unternehmens-)Mauer zwischen alter S-Bahn und neuem Betreiber?

Kämpferischer Jahreswechsel in Südkorea

Mitte Dezember traten ca. 6.500 Bahner der staatlichen KORAIL gegen die geplante Privatisierung in Streik. Um die Streikenden auszubooten, hat KORAIL Hunderte Leute, darunter Studenten einer Hochschule für Transportwesen, eingestellt. Dass die nicht ausreichend qualifiziert waren, war kein Problem für die KORAIL... nicht einmal, als durch den Fehler eines Streikbrechers eine 84-jährige Frau eingeklemmt wurde und starb!

Auch der Staat schaltete sich ein: Hunderte Polizisten stürmten die Gewerkschaftszentrale und verhafteten Gewerkschafter. Viele Streikorganisatoren erhielten Haftbefehle. Das verhinderte nicht eine große Demonstration in Seoul, an der sich neben den Bahnern Tausende Kollegen anderer Branchen beteiligten. Gegen Privatisierungen und für den Erhalt der Arbeitsplätze – das vereinigt die ArbeiterInnen aller Branchen aller Länder!

Der Ausstand ist seit Jahresbeginn ausgesetzt. Mit der Arbeiterklasse Südkoreas ist sicher wieder zu rechnen.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org
flugblatt_bahn@gmx.de

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin